

Tirol und Ländle rücken bei Energie zusammen – Umweltminister Pröll will mehr Ökozuschläge

66 Illwerke-Millionen für Tirol

Tirol und Vorarlberg rücken in Sachen Energie enger zusammen. Umweltminister Josef Pröll höhere Ökostromzuschläge an.

GALTÜR, IGLS (jenny/va). Bei der Neueröffnung der Silvretta-Hochalpenstraße bekräftigten Tirols LH Herwig van Staa und sein Vor-

dem das Land Tirol für das an die Illwerke geleitete Tiroler Wasser finanziell beteiligt wird: in Form eines Substanz-Nutzrechtes, das Tirol bis zum Auslaufen der Heimfallsrechte im Jahr 2040 jährlich 2 Mio. Euro (in Summe 66 Mio. Euro) in die Landeskasse bringen soll.

„Wir wollen nicht bei der Gestaltung der Illwerke dreinreden, sondern am wirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden. Sonst würden wir bis zum Ende des Heimfallsrechtes nichts bekommen“, sagte van Staa. In der Energiewirtschaft hätten die Großen das Sagen, „deshalb ist es umso wichtiger, dass die Kleinen zusammenhalten“, bekräftigte Sausgruber. Das Geld, das Tirol auf diese Weise von Vorarlberg lukriert, soll laut van Staa in eine so genannte Katastrophen-Vorsorge fließen.

Beim ibet-Forum in Iglis bekannte sich Umweltminis-

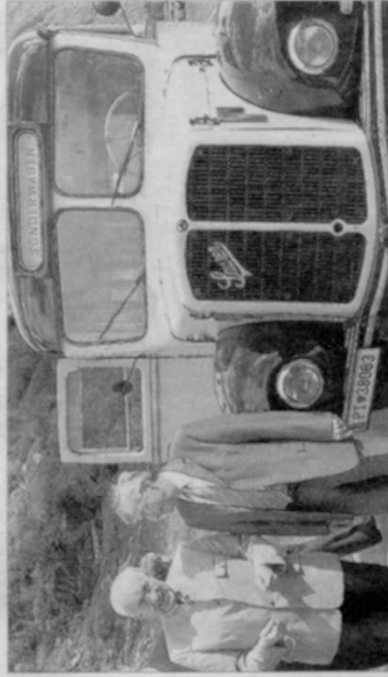


„Ich will mehr Ökostrom, und dafür braucht es höhere Einspeiserate.“

JOSEF PRÖLL

Foto: AP/Zah

ter Arlberger Amtskollege Herwig van Staa den Willen zur verstärkten Energie-Zusammenarbeit. Bis Herbst soll der Vertrag stehen, nach



LH Herwig van Staa (l.) und Herbert Sausgruber bei der Neueröffnung der Silvretta-Hochalpenstraße.

Foto: Schneegg

ter Pröll zur Förderung von Umwelttechnologien. „Ich will mehr Ökostrom und ich will ein neues Ökostrom-Gesetz.“ Seit Inkrafttreten der letzten Novelle sei der Bau von Solar-, Wind- und Biomassekraftwerken zurückgegangen. Für energieintensive Betriebe brauche es eine Sonderregelung, so Pröll. Zuletzt musste jeder Haushalt für Ökostrom bereits 26 Euro

im Jahr ausgeben.

Grünen-Chef Alexander Van der Belten verlangt indes einen kompletten Umstieg auf erneuerbare und emissionsfreie Energiegewinnung bis zum Jahr 2020. Die Raumwärme wollen die Grünen bis zum Jahr 2030 zum „Nullmissionssektor“ machen, wofür aber neue Standards bei Neubauten geschaffen werden müssten.